

nicht, ob der Name Rittm. der angegeben wird.
Bisher hat so gut wie einmündig fest, daß es sich bei den
Opfern Haarmanns in vier Fällen um junge Leute gehandelt hat,
die von auswärts zugezogen sind, zwei Berliner, ein Düsseldorf-
er oder Röhner und um einen Zimmermann, der mit einem Holzoffizier
von Hamburg nach Hannover kam.

Die Parteien, von den Wählern bis zu den Sozialdemokraten,
haben es abgelehnt, über den Antrag der kommunistischen Fraktion
zur Klärung über die Verhältnisse im hannoverschen Stadt-
parlament zu verhandeln.

Große Anfrage der kommunistischen Fraktion

Die kommunistische Fraktion hat im Preussischen Landtag fol-
gende große Anfrage eingereicht:

Der schwer verurteilte Massenmörder Haarmann in Hannover
hat in den Diensten der Polizei gedient. Er hat als Spigel auch
auf politischem Gebiet gegen die kommunistische Partei Dienste ge-
leistet, denen die Polizei, wie sie selbst angibt, besondere Bedeutung
beigemessen und besondere Beachtung geschenkt hat.

Die ungehörte verdächtige Arbeit Haarmanns bei den engen
Beziehungen zur Polizei hat öffentliches Aufsehen erregt. Die
„Hannoversche Landeszeitung“ vom 5. Juli schreibt:

Überall hört man die Anfrage erörtern: „Wie ist es nur mög-
lich gewesen, daß diese fürchterlichen Taten solange völlig unentdeckt
blieben, der Mörder sein blutiges Handwerk ausüben konnte. Wir
müßten es uns verlangen, die Erregung zu fühlen, aber die Bewegun-
gen können wir auch hier nicht unterdrücken, daß man gerade-
zu vor einem Rästel steht. Da die Beförde doch wiederholt auf
Haarmann aufmerksam gemacht wurde, auch schon die Hand auf
ihn gelegt hatte, umat ein Subjekt, das sich zum Spigel herab-
zu lassen unternimmt, um dem Mörder die Hand zu reichen, das
unferne Stadtsinn von dem herrenlosen Schicksal Bewußtsein
verdrängt. Der behandelte man im höchsten Polizeipräsidium diese
auf jeden Fall verlässlichen Leute mit besonderer Vertrauens-
seligkeit?“

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt:
„Der Mörder wird trotz aller Abschwörungsversuche als
Spigel verwendet — nur ihn selbst zu beobachten, das scheint
man beabsichtigt zu haben. Darin liegt — mißausgedrückt — ein
Befehl, das mit Recht Befremden erregt.“

Wir fragen an:
1. Wie erklärt das Staatsministerium die Tatsache, daß der
Massenmörder Haarmann seine Tätigkeit als politischer Spigel
und sein verbrecherisches Privatleben ohne Kontrolle ausüben
konnte?

2. Welche Nachrichten hat der Massenmörder Haarmann als
Spigel gegen die kommunistische Partei der Polizei geliefert?
Behandeln sich darunter auch solche über Sprengungen, Attentate
und Mordpläne?

3. Ist es richtig, daß der Spigel und Massenmörder Haarmann
mit einer Anzahl Kommunisten verkehrte Beziehungen hatte, und zwar
nicht nur in seiner Privatwohnung, sondern auch in anderen
versteckten Teilen der Stadt Hannover?

4. Wie war es möglich, daß der Massenmörder Haarmann
jahrelang ein öffentliches Defekzionbüro betreiben und mit
Kleidungsgegenständen der Ermordeten und Menschenfleisch
handeln treiben konnte?

5. Gaben die Beziehungen Haarmanns zur Polizei und die
Tatsache, daß er Polizeibeamte freigeschalten und traktiert hat,
zur Verurteilung der Verbrechen beigetragen?

6. Treffen die Pressemeldungen zu, daß der Selbstmord eines
Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit
der Enttarnung des verbrecherischen Treibens Haarmanns steht?

7. Ist es richtig, daß die Verhaftung des Spigels und
Massenmörders Haarmann trotz mehrfacher Strafandrohungen erst
erzwungen durch drohende Selbsthilfe der Bevölkerung Hanno-
vers erfolgte?

8. Was hat die Staatsregierung nicht sofort Mah-
nahmen, die Polizeibeamten, welche mit Haarmann zusammen
gehandelt haben, aber sich von ihm haben traktieren lassen, so-
wie deren unmittelbare Vorgesetzte Beamten — Polizeivor-
sicht, Regierungssprecher, Oberpräsident — ihres Amtes zu
entziehen?

9. Glaubt die Staatsregierung, daß die von ihr eingeleitete
Untersuchung, unter Befolgung dieser Beantwortung im Dienst, irgend
ein Ergebnis haben wird?

Das Urteil im Münchner Kommunistenprozeß

Nach siebenwöchiger Beratung wurde gestern nachmittags 1 Uhr
im Münchner Kommunistenprozeß das Urteil verkündet. Land-
tagsabgeordneter Wiegand erhielt sechs Monate, Landtags-
abgeordneter Wiegand einen Monat, Schriftsteller Dr. Franz Berlin
sechs Monate Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden zu
Gefängnisstrafen bis zu sechs Monaten verurteilt. Freigesprochen
wurden der kommunistische Stadtrat Thierau, München und
weitere sechs Kommunisten. In ihrer Behauptung, daß es sich
um eine Verleumdung anläßlich einer Gemeindefeier gehandelt
hätte, nicht klar widerlegt werden konnte.

Dieses Urteil ist ein Standal. Wenn man das Vertei-
digungsurteil, daß es sich nur um eine Gemeindefeier-
verleumdung gehandelt habe, bei Thierau gelten ließ, warum
dann nicht auch bei den anderen Angeklagten. Warum hat
z. B. den Genossen Dr. Franz, dessen Gesundheitszustand durch
den zehnwöchigen Hungerstreik eine längere Inhaftierung eigent-
lich gar nicht erlaubt, in feiner Weise das Gegenteil beweisen
können und hätte ihn also freisprechen müssen, wenn es eben
nicht in Bayern ein antikommunistisches Klassenrecht gäbe.
Und diese Klassenjustiz spricht munter frei, wenn es sich um
Faktenstreiter handelt; sie verurteilt allemal Kommunisten.
Es ist Zeit, daß die Arbeitererschaft endlich mit der verrottenen
deutschen Justiz aufräumt.

Neuer Arbeitermord!

(Eig. Draht.) Magdeburg, 15. Juli.
Herr v. Röhne hat in G. L. S. einen würdigen Nachfolger
gefunden. Der Landwirt Karl S. erbt in u. n. bestreht eine
Arbeiterfrau als Diebin. Der Arbeiter Richard J. n. forderte
ihn auf, diesen Vorwurf zurückzunehmen. S. erwiderte dem
Arbeiter vor die Brust. Darauf bekam der Landwirt von dem
Arbeiter ein paar hinter die Köpfe. Der Landwirt Schwert
wollte mit dem Jagdgewehr auf den Arbeiter schießen. Dieser
aber ergreift das Gewehr und verliert den Schuß. Er ziel den
Landwirt zu, daß man sich auch ohne Waffen unterhalten könne.
Schwert zog einen Revolver und schloß dreimal hintereinander auf
den Arbeiter J. n. An J. n. s. Uniformen wird geschossen.
Dieser würdige Vertreter des Landbesitzes verhielt sich noch
den im Falle J. n. m. n. den Arbeiter und legte, er
habe noch keinen Schuß zur Verfügung. Wenn J. n. noch nicht
genug habe, so könne er noch den Rest kriegen. Der Mörder legte
sich auf die Knie und ließ den Arbeiter liegen. Der Landwirt wurde
nachher verhaftet, aber er soll aus der Haft entlassen werden,
weil er „magenliebend“ ist. Die Erbitterung unter der Be-
völkerung ist ungeheuer. Das Rathaus, in dem der Mörder fest-

gesetzt ist, wird von den Arbeitern bewacht, um ihn geführend zu
empfangen, wenn er freigesetzt werden sollte.

Das dritte Zuchthausverbrechen in Schwerin

(Eig. Draht.) Schwerin, 15. Juli.
Genosse Engelmann, Ribbe, mußte aus dem Gefängnis in
die Zuchthausanstalt überführt werden. Er war Anfang des Jahres
unter dem Ausschußstand verhaftet worden. Da er vorher
lange arbeitslos und deshalb vollkommen unterernährt war, brach
er im Gefängnis unter den Foltern zusammen. In den letzten
Tagen verordnete der Arzt zwar besondere Kost, aber Genosse
Engelmann war schon derartig erschöpft, daß er trotzdem zur
„Bodendampfung“ in die Zuchthausanstalt überführt werden mußte.
Das ist der dritte Fall, den die medienbüchsigkeit Justiz auf dem Gefängnis
hat, nachdem sie schon die Genossen K. u. n. d. e. r. und K. u. m. e. r. e. l. d.
selbst zum Selbstmord getrieben hat.

Erklärung der sozialdemokratischen Reichstags- fraktion vom 4. August 1914:

„Jetzt stehen wir vor der ehrennen Aufgabe des Krieges.
Uns drohen die Schrecken des blutigen Jovostion. Nicht
für oder gegen den Krieg haben wir heute zu entscheiden,
sondern über die Frage der für die Verteidigung des
Landes erforderlichen Mittel.“

„Für unser Volk und seine freiheitliche Zu-
kunft steht bei einem Siege des russischen Despotismus,
der sich mit dem Blute der Bräute des eigenen Volkes
besetzt hat, viel, wenn nicht alles, auf dem Spiel. Es
gilt, diese Gefahr abzuwehren, die Kultur und die Unab-
hängigkeit unseres eigenen Landes sicherzustellen. Da
machen wir wahr, was wir immer behauptet haben: wir
lassen in der Stunde der Gefahr das Vaterland nicht
im Stich.“

Karl Liebknecht

„Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, und
zwar besonders auch auf der deutschen Seite, mit dem
Ziel von Eroberungen großer Stills.“
(Reichstagsrede vom 2. Dezember 1914.)

König Rupprecht herrscht in Nürnberg!

(Eig. Ber.) Nürnberg, 15. Juli.
Vorgestern wurde hier ein Abgesandter entsandt. Kronprinz
Rupprecht sprach in zwei Sälen und auf dem Festplatz, wo
ein großer Volksbeisehrer der Kriegerevangelien mit schwarzwei-
roten Fahnen wartete. Auch Ministerpräsident Held nahm teil
und hielt eine Rede im Anschluss, in deren Anknüpfung die Musik
unter Aufführung der Königschöre spielte.
Nicht an der Feier nahm teil der demokratische Oberbürger-
meister Luppe, dem am Sonntagabend die Festaus-
schüsse Rupprechts erwählten, daß er teilgenommen werde, wenn er
sich bilden ließe. Luppe und der gesamte Nürnberger Magistrat
wählten der Tagesfeier besten Teil. Und das Personal steht jetzt
da, ohne daß es die Stadt Nürnberg offiziell in ihren Reihen
angenommen hätte. Ein Kaiserjäger der bayrischen Königsmacht!

Der Reichsheider Generalkrieg vor Gericht

(Eig. Draht.) Reichsheide, 15. Juli.
Vor dem Schöffengericht in Reichsheide wurden fünf Genossen
wegen Landfriedensbruchs unter Verhaftung Anfang Januar 1914
in Reichsheide der Generalkrieg ausgerufen, die freitenden
Arbeiter verurteilt auch die Betriebe, in denen Streikbruch be-
gangen wurde, stillzuliegen. In die Firma Viebahn drang
eine größere Menge ein; einigen Streikbrechern wurde dabei etwas
unantastbar gemittelt.
Zwei der Angeklagten mußten wegen Mangels an Weisern
freigesprochen werden, die Genossen Brädel und Weiser
wurden wegen Landfriedensbruchs zu je sechs Monaten Gefängnis
verurteilt. Der Staatsanwalt hatte für jeden einen Gefängnis-
strafe von zwei Jahren beantragt.

Die Liegnitzer Textilindustriellen sperren aus 2000 Heimarbeiter auf der Straße

(Eig. Draht.) Breslau, 15. Juli.
Durch den Fachausschuß der Heimarbeiter in Breslau sind neue
Bäume für rechtsverbindlich erklärt worden. Diese Bäume, die
wahre Hungerlöhne sind, wollen die Textilunternehmer nicht
zahlen und haben deshalb alle Heimarbeiter ausgeperrt. Nicht
über die Ausperrung sind 2000 Heimarbeiter betroffen.

Abbruch des Saararbeiterkreises

(Eig. Draht.) Saarbrücken, 15. Juli.
Der Streik in der Dillinger-Düble makte abgebrochen werden, da
durch den Terror die Arbeiter demütiert und einige tausend Arbeiter
in den Betrieb gegangen waren. Der Betriebsratsmann wurde
verhaftet.

Wegen Zugehörigkeit zur proletarischen Hunderterschaft verurteilt!

Die Frankfurter Stoffarmen verurteilt elf Arbeiter wegen
Zugehörigkeit zu einer proletarischen Hundertschaft. Unter den
Angeklagten befinden sich zwei Sozialdemokraten, sechs Kommu-
nisten und vier Parteiloze. Sie wurden zu Geldstrafen in der
Höhe von 50 bis 100 M. verurteilt.

Die Republik ist wieder einmal gerettet. Dieselbe Republik,
welche Arbeiter verurteilt, die sich gegen die falschlichen
Staatsstreifer rüsten, läßt die Ehrhardt- und Hitler-
banditen vollkommen ungehört. Kein demokratisches Ge-
richt hat sich je dazu bereit gefunden, den Wegelagerern,
welche aus den Beständen der Reichswehr mit allen modernen
Kriegsmitteln wohl ausgerüstet waren, ein Haar zu krüm-
men, als sie in der bayrisch-böhmerischen Grenze die Arbeiter-
schaft terrorisierten und die „Republik“ bedrohten. Noch
heute können die Hitlerbanditen in Südbayern trotz Verbots
ihrer Formationen aufmarschieren. Erst dieser Tage haben
sie auf dem Friedhof eines lübbayerischen Ortes wie die
Banditen gehöhnt und die jüdischen Grabsteine aufs gemeine
fußgetreten.

12 Jahre Gefängnis wegen Landfriedensbruchs

(Eig. Draht.) Aresfeld, 15. Juli.
In einer dreitägigen Verhandlung fanden elf Arbeiter, darunter
fünf Genossen, vor dem Kreisober Verwaltungs- und Schöffengericht
unter Anklage des schweren Landfriedensbruchs. Die Ar-
beiter sollen sich beschließen im Sommer dieses Jahres in W. e. r. d. i. n. g. durch Verhinderung von Streikbruch schuldig
gemacht hat!

Das Gericht verhängte eine Gesamtkraft von zwölf Jahren, zwei
Monaten Gefängnis. Zwei Arbeiter wurden freigesprochen. Allen
Angeklagten, außer einem, wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf
ein Jahr aberkannt.

Drohgebührende Kommunikenprozesse

Königsberg, 15. Juli.
Der Staatsgerichtshof wird vom 16. bis 19. Juli hier
tagen um den Prozeß gegen die Kommuniken Ralder, Deisenhof,
Baumann, Hoffmann, Kahl, Kollies, Meißner, Handl, Seipold,
Gering und Wetzlar, w. g. e. n. „W. a. l. l. e. n. s. c. h. e. n. g.“ durchzu-
führen; ferner den Prozeß gegen den Schriftsteller Alfred Grabe.

Neue falschliche Bluttat

(Eig. Draht.) Köln, 15. Juli.
In Rempen wurde ein kommunistischer Betriebsrat von falschen
niederbeschlagen. Nach seiner Entlassung ins Krankenhaus ver-
starb er.

Abbau bei den Volksschulen in Mecklenburg

(Eig. Draht.) Mecklenburg, 15. Juli.
Bei den Mecklenburger Volksschulen werden jetzt 213 Lehrer und
53 Lehrerinnen abgebaut. Falschliche Kulturpolitik!

Neue Kämpfe in Bulgarien Das Wüten der weißen Bestie

(Eigener Bericht.) Prag, 15. Juli.
Auerläufige Meldungen vom Balkan berichten über neue Kämpfe
der zur Vertreibung getriebenen Arbeiter und Bauern gegen den
Weißen Terror. Seit der Ermordung des hinführenden Bauern-
führers Petow, die von den Massen mit einer elementaren
Brotbewegung beantwortet wurde, nahmen die Verfolgungen der
Arbeiter und Bauern in verstärktem Umfang zu. Daraufhin ließ
die Regierung am 1. Juli ein Arbeiterverbot erlassen von Regie-
rungsgruppen auszuheben. Jahrelang früher der Revolution wurden
verhaftet. Am 3. Juli fanden bei Burgas heftige Zusammen-
stöße zwischen Regierungsgruppen und den sich wehrenden Bauern
statt, wobei 40 Regierungssoldaten ihr Leben verloren. Diese Zu-
sammenstöße dauerten bis zum 6. Juli fort. Die Abwehrbewegung
der Bauern breitete sich auf weitere Gebiete aus. Die Regierung
schränkt gegen Bulgarien die ausländischen Arbeiter mit Waffen ein.
In Verfolg dieser Kämpfe wurden Massenverhaftungen
vorgenommen. So wurden in Perist 30, in Warna und
Sofija je 200 Vertrauensleute der Kommuniken und der Bauern
verhaftet. Die aus Jugoslawien mit Amnestieverprechungen zurück-
gelassenen Emigranten werden ermordet.

Die Regierung hat mit dem mazedonischen falschlichen
Balkan zu einem Fall geschlossen, demzufolge die falschlichen
banden in der Verfolgung der Revolutionäre jetzt noch erhalten.
Nach zur Sicherung der Hauptstädte wurden diese falschlichenbanden
herangezogen.
Wie die Auslandsvertretung des bulgarischen Landarbeiter-
verbandes erklärt, wurden in Pernit 50 Bergarbeiter ermordet.
Nagaj Zagajew wurde mit acht anderen Inhaftierten auf der
Flucht gefangen. Gr. r. i. s. h. a. r. o. w. o. m., ein Bauernführer,
ist ebenfalls ermordet worden.
Das Exekutivkomitee der „W. i. l. l. i. a. r. z. e.“ hat zusammen mit den
mazedonischen Banden eine Sch. w. a. r. z. e. List derjenigen Verfol-
lichten aufgestellt, die demnach ermordet werden sollen. Unter
ihnen befindet sich u. a. D. o. w. o. r. der ausländische Vertreter des
bulgarischen Landarbeiterverbandes, K. o. s. t. a. L. o. b. o. r. o. w., gewesener
bulgarischer Gesandte in Belgrad usw.

Die Kreisdelegierten der Apollonit, d. h. der Bauernpartei und
der Kommuniken, werden von den Behörden terrorisiert. Dort, wo
eine revolutionäre Weisheit gewählt wurde, wird der Zusammen-
tritt der Kreisräte verhindert.

Die kommunistische Balkanföderation hat
schon anfangs Juli das Weltproletariat in einem Aufruf auf
den verführten Weißen Terror in Bulgarien aufmerksam ge-
macht. Die Behörden begründeten ihre Terrormaßnahmen
mit den „Beweisen eines bevorstehenden Aufstandes“. Schein-
bar ist es ihnen gelungen, durch blutige Provokationen Ver-
zweiflungsausbrüche der Bauern hervorzurufen.

Die kommunistische Balkanföderation hat
schon anfangs Juli das Weltproletariat in einem Aufruf auf
den verführten Weißen Terror in Bulgarien aufmerksam ge-
macht. Die Behörden begründeten ihre Terrormaßnahmen
mit den „Beweisen eines bevorstehenden Aufstandes“. Schein-
bar ist es ihnen gelungen, durch blutige Provokationen Ver-
zweiflungsausbrüche der Bauern hervorzurufen.

Seed-Methoden in Jugoslawien

Die schwerindustrielle „Telegraphen-Union“ meldet aus Belgrad:
Das süblawische Innenministerium hat die sogenannte „Anno-
hängige Arbeiterpartei“, die eine kommunistische Partei unter
verändertem Namen darstellt, aufgelöst.

Durch den harten Terror der serbischen Bourgeoisie, deren
brutale Verfolgungsmethoden auch die Kleinbourgeoisie Kroatiens
und der Herzegovina und die übrigen nationalen Minderheiten
gegen sich ausgerichtet hat, war die kommunistische Partei Jugo-
slawiens verboten worden. Sie war aus der früheren sozialdemo-
kratischen Partei entstanden, die während des ganzen Weltkrieges
eine äußerst scharfe antimperialistische Haltung eingenommen hatte.
Nunmehr ist auch die einzige Partei des slavendominanten Prole-
tariats Jugoslawiens zu unterirdischem Dasein gezwungen. Das ist
der Auftakt zu den kommenden Kämpfen, die Herr falschlich unter
den Zeichen der vollkommenen Niederhaltung sämtlicher opposi-
tioneller Fraktionen, auch der Bauernpartei Stefan Radichs, ab-
halten will.

Politische Notizen

Die Spigel-Internationale
In Jopopt-Danija tagte eine internationale Konferenz
der Kriminalisten aller Länder. Nach bürgerlichen Meldungen
besitze die bei den Kriminalisten durch den Geist des gegen-
seitigen Verstehenwollen. Man beschloß, eine internationale
Polizeiorganisation auszufinden, die gemeinsam den Kampf gegen
kriminelle und politische Verbrecher international führen soll. Auf
der Konferenz wurde vor allen Dingen die Frage des Eigentums-
schutzes in den Vordergrund gestellt.

Der demokratische Reichswehrminister gegen die Justiz
Ein kommunistischer Arbeiter war von der Festungs-
kommandant Königsberg trübsal entlassen. Das Land-
gericht mußte den Einspruch gegen die Entlassung als gerechtfertigt
anerkennen. Die Königsberger Festungskommandantur besetzte
jedoch den Arbeiter nicht mehr, sie zeigte ihm nur seinen Sold,
um ihn auf seinen Fall wieder in den Betrieb hineinzulassen. Auf
Belagerung verfiel der Herr Reichswehrminister, daß der
Arbeiter freiständig zu kündigen ist, weil er einer politischen Partei
angehört, die für den Umsturz der verfallenen deutschen Staatsform
arbeitet. Willentlich gibt der Demokrat Gehör, auch wenn
Beamte, die der Weltnationalen oder Deutschen Volkspartei an-
gehören, also auch Gegner der Republik sind, gleich-
falls entlassen werden.

Ernst Toller frei

Der Dichter Ernst Toller ist gestern nachmittags nach Verbüßung
seiner fünfjährigen Festungshaft aus der bayrischen Festung
München entlassen worden. Wir werden morgen Ge-
legenheit nehmen, eingehend auf die politische Tätigkeit Tollers
zuzugreifen.

Zum Dawes-Plan die Hungerzölle

Nach langen Monaten politischer Dürre glauben die Sozialdemokraten endlich den Drah gefunden zu haben, mit dem sie ihre Agitation wieder beleben können. Es ist der Plan, die Hungerzölle; der Kampf gegen die Goldmark, die mit Hilfe der Regierungen die Junter aus dem Brot der Hungervenden herauszuholen wollen, um sich als gute Patrioten ihre Zustimmung zum Dawes-Plan abkaufen zu lassen. Doch das Geschrei, mit dem die Sozialdemokraten sich in den Zollkampf stürzen, ist das Geschrei ertrapper Brotbrecher. Denn die Regierung, gegen die sie Opposition machen, ist ihre Regierung, Marx, Stresemann, Jarres, Rath, die Vertrauensleute der Junter, sind zugleich die Vertrauensleute der Sozialdemokraten. Sie haben sie aus der Taufe gehoben und sie halten sie bis heute auf ihren Ministertischen. Mit jedem Wort, das sie gegen die Regierung richten, richten die Sozialdemokraten sich selbst.

Diese Regierung tut als Staatsoberhaupt des Bürgerbodens, als die sie sich zum Stadium ihrer Zeugung an geführt hat, nur das, was sie zur Durchführung des Sachverständigengutachtens tun muß: das wertvolle Volk im Interesse von Großkapitalisten und Großagrariern nach Strich und Faden auszunutzen. Die Verwirklichung des Gutachtens ist eine internationale Angelegenheit der Kapitalisten, nicht eine Angelegenheit der Werktätigen Deutschlands, Frankreichs, Englands und der Vereinigten Staaten. Die Imperialisten und Kapitalisten denken nicht daran, aus ihrer Tasche zu den Reparationen beizutragen. Die Milliardäre, die sie bei der Durchführung der Reparationen gewinnen wollen, hehlen sie aus der Tasche der Arbeitenden.

Zehn- und Zwölftausendtag, Steuer auf Zucker, Alkohol und Tabak, Hungerzölle auf Brot: das ist die Erfüllung des Gutachtens, wie wir sie von Anfang an vorhergesehen haben. Entweder Währungsarbeit, billiges Brot und damit Kaufkraft gegen das Gutachten — oder aber Gutachten und Zwölftausendtag und Brotzölle; so steht die Frage.

Das wissen die Silberlinge genau so gut wie wir. Darum haben sie es bis heute nicht gewagt, die einzige Konsequenz aus ihrer Opposition gegen die Brotzölle zu ziehen: den Sturz der Marx-Regierung. Sie halten die Regierung der Brotzölle, weil sie das Gutachten durchführen will. Die Verwirklichung des Gutachtens aber ist der Kernpunkt der sozialdemokratischen Politik. Mit dem Sturz der Marx-Regierung bricht das ganze politische Gebäude der Sozialdemokraten zusammen. Ihre Opposition ist darum nichts weiter als Maskenbetrug. Die Sozialdemokratie, die das Marx-Kabinett aus der Taufe gehoben hat, ist missglückt und mitverantwortlich an der Hungerrichtung des Volkes durch die Zölle.

Die Brotzölle

sind nur ein Teil, allerdings der Hauptteil des neuen Raubzuges der Großkapitalisten und Junter gegen die Werktätigen bei Gelegenheit der Gutachtenerfüllung. Fast gleichzeitig mit der Bekanntmachung der Zollvorläufe bekamen die Gewerkschaften, die sie beschließen bei Marx und Luther dagegen protestierten, daß die Kosten der Erfüllung wieder einmal allein den Arbeitern aufgedrückt werden sollten, die erste Ohrfeige von den Staatsoberhäuptern der Bürgerbodens. Marx und Luther und ihre Staatsretreire haben den Gewerkschaften nicht nur mit demselben Worten offen erklärt, daß an eine Bekämpfung des Volkes durch Steuern zur Erfüllung des Gutachtens nicht zu denken ist. Noch heuchelnder, als der Bericht über diese Unterredung, ist das Dementi des Berichtes. Danach hat Herr Luther auf die neugierige Frage eines Gewerkschafters nach der

Erbschaftsteuer der Familie Stinnes

erwidert, eine Steuerhinterziehung liege nicht vor, denn Stinnes habe vorläufigerweise seine Erbschaft aus Erbin eingeleitet. Die Regierung also, die heute die Rühmtheit hat, das Volk durch Zölle auszuhungern, erklärt dreist und gottesfürchtig durch ihren Finanzminister, daß der Besitz des größten Geldverwertungsgewinners in Deutschland, der Millionen deutscher Arbeiter in seine Tasche enteignet hat, von Reich wegen nicht angepaßt werden kann, weil das Reich den Familieninn des Herrn Stinnes schätzen muß.

Weiter hat der Reichsfinanzminister — immer nach dem Dementi — erklärt, er habe eine weitere Erfindung des Berichtes nicht als einen Traum bezeichnet. Ein Traum ist es nur, anzunehmen, daß „angefichts der frühen Lage von Landwirtschaft und Industrie“ weltliche Mehrerträge aus Verbilligung gezogen werden könnten.

Auch das ist heuchellich. Die Marx-Regierung, die entschlossen ist, außer dem Bollschleier an die Junter, den Industrieherren in Paris und den Börsenmagnaten in London aus deutschen Eisenbahnarbeiten, aus der deutschen Zucker-, Bier- und Tabakfabrik Milliarden zu zahlen, denkt nicht daran, den Kapitalbesitz in Stadt und Land auch nur mit einem Fennig zu fällen Steuern herauszugeben.

Bekanntener sind für diese Agenten des Kapitalbesitzes ein Traum.

Es ist Zeit, daß die arbeitenden Massen die regierenden Herren recht bald unfaßt aus ihren Träumereien wecken.

Die „Klage der Land und Wirtschaft“ ist der Vorwand für den schamlosen Raubzug gegen das Brot der arbeitenden Massen.

Die Not der Landwirtschaft — niemand leugnet die Notzölle in Deutschland. Aber diese Krise trifft mit voller Schwerkraft nicht so sehr die Junter, die sich in der Geldverwertung schamlos gefreut haben und denen die Regierung die Steuern schon kumbet und kumbet. Sie trifft vor allem die arbeitenden Bauern. Demen aber hilft die Regierung nicht.

Die Zölle auf Getreide und Fleisch sind eine Belastung, die größer ist als die erste Jahreslast, die der Dawes-Plan aus den arbeitenden Massen Deutschlands herauspressen will.

Die Zölle sollen den Werktätigen Deutschlands mehr als eine Milliarde Goldmark jährlich, während nach dem Dawes-Gutachten die erste Jahresrate, die an die Entente zu zahlen ist, für eine Milliarde beläuft.

Schon die erste Antihunger der Zölle hat bewirkt, daß innerhalb weniger Tage der Preis für eine Tonne Weizen und Roggen um zwei bis drei Mark gestiegen ist. Nachdem der Reichsernährungsminister Rath, um die deutschen Getreidepreise auf die Höhe der Weltmarktpreise zu treiben, die Getreideausfuhr erlaubt hat, ist

vom Freitag bis gestern der Preis für 1000 Kilogramm Weizen von 144 Mt. auf 156 Mt. und für 1000 Kilogramm Roggen von 181 Mt. auf 189 Mt. in Berlin gestiegen.

Nimmt man — nach bürgerlicher Schätzung — die Menge des von den deutschen Juntern in Deutschland verkauften Brotgetreides auf 10 Millionen Tonnen jährlich an, so ergibt diese Preissteigerung von zwei Jahren bereits einen Gewinn für die Junter von 60 bis 70 Millionen auf das Jahr bezogen.

Was die Herrschaften an den Zöllen im ganzen verdienen, berechnen der bürgerliche „Montag-Morgen“, der für die Erfüllung des Sachverständigengutachtens sich einlegt, bei einem Zoll von durchschnittlich 50 Mt. für die Tonne und bei einem Verkauf von 10 Millionen Tonnen Brotgetreide jährlich auf 500 Millionen Goldmark. Dazu kommt der Zoll auf die übrigen Getreidearten (Hafer und Futtergetreide), der noch einmal 100 Millionen jährlich einbringt. Die Erhöhung der deutschen Getreidepreise auf die Weltmarktpreise ergibt weitere 200 Millionen jährlich.

Also insgesamt 800 Goldmillionen, die aus den Taschen des arbeitenden Volkes in die Taschen der Junter durch die von der Sozialdemokratie gestützte Marx-Regierung hineinpraktiziert werden.

Dazu kommen noch die

Zölle auf Fleisch,

die auch mindestens 100 Millionen den Juntern abwerfen.

Berechnet man noch die Erspargung der Schuldzinsen durch die Geldentwertung und die Steuerentlastung und Steuererhöhung, die die Junter bereits durchgeführt haben, hinzu, so ergibt sich, daß

die deutschen Junter tatsächlich für sich in den nächsten Monaten mehr aus dem deutschen Volk herauszuholen, als das deutsche Volk den imperialistischen Räubern in London, Paris und New York im nächsten Jahre zahlen soll.

Mit dem Hunger der Massen, mit 1200 Goldmillionen lassen sich die deutfachnationalen Junter ihre Zustimmung zum Dawes-Gutachten bezahlen. 1200 Goldmillionen jährlich soll das deutsche Proletariat aus sich herausstellen lassen, damit es mit der Regierung des Bürgerbodens beglückt wird.

Die deutschen Arbeiter sind der Meinung, daß der Bürgerbod so teuer für sie ist.

Aber es heißt, daß die Reichskassen leer sind und daß Ertrag gelohnt werden müße für die angekindigte Ermäßigung der Umlagesteuer. Dazu sollen die Zolleinnahmen dienen.

Wlanter Schwindel ist das. Die Junter sorgen schon dafür, daß sich ihre Taschen füllen nicht nur durch den Zollwucher, sondern auch durch die Zolleinnahmen selbst. Dazu dienen die Einfuhrzölle. Diese Einfuhrzölle sind die Ergänzung der den Juntern zugedachten Ausfuhr der Geldverhungernden deutschen Arbeiter bestimmten Getreides. Diese Einfuhrzölle geben ihnen das Recht zur schließlichen Einfuhr von so viel Getreide, wie sie ausgeführt haben. Sie erreichen damit einmal das Herausreißen der deutschen Getreidepreise auf die Weltmarktpreise im Inland und weiter die Möglichkeit, im internationalen Getreidehandel etwas unter den Weltmarktpreisen zu bleiben. Die Einfuhrzölle wirken als Ausfuhrprämien. Sie hatten schon vor dem Krieg die Folge, daß deutscher Roggen nach Ausland so billig verkauft werden konnte, daß er dort als Viehfutter verwendet wurde.

Vor dem Kriege bezirkte die zollfreie Einfuhr von Getreide zugunsten der Junter, daß mindestens

die Hälfte des Ertrages der Brotzölle aus der Reichskasse in die Tasche der Großagrarien zurückfiel. Heute, wo nicht mehr Getreide als vor dem Kriege eingeführt werden muß, heißt das Einfuhrzölle die Auslieferung der ganzen Zolleinnahmen an die Junter. Die Zölle werden er-

Die Kölner Eisenbahner gegen das Dawes-Gutachten

(Eig. Drahtber.) Köln, 15. Juli.

Seit fast eine Woche ist die Verammlung der Eisenbahnerkassen Köln-Mitte hart, der größten Werkskatt Kölns. Vertreter des freien Reichseisenbahnerverbandes sprachen über das Sachverständigengutachten. Einmütig wurde eine Resolution angenommen, in der die Verammlung erklärt, daß der Sachverständigenplan nur eine Verschärfung der Verhältnisse Getreides verträge bedeute und daß erneut auf Kosten der wertvollen Getreides die Bourgeoisie ihre Erträge sichern will. Die Resolution schließt mit der Forderung: Nicht Kontrolle der Entente, sondern Kontrolle und Herrschaft des Proletariats. Nicht Privatisierung der Eisenbahn, sondern Sozialisierung. Zurück zum Achtundzestag, dafür müssen alle Kollegen kämpfen!

Ein Zentralkomitee der Betriebsräte gebildet

Am Sonntag, dem 13. Juli, kamen in einer mitteldeutschen Stadt Betriebsräte der wichtigsten Betriebe Deutschlands zu einer ersten Arbeitertagung zusammen. Alle Industriezweige waren durch die größten Konzerne und Betriebe vertreten.

Gewohli im Anker wie in der ausgiebigen Diskussion wurde eingehend zur politischen und wirtschaftlichen Lage und den Aufgaben der Betriebsräte Stellung genommen. Alle Vertreter waren sich darin einig, daß der schärfste Kampf gegen das Sachverständigengutachten zu führen ist. Ferner wurde vor allem ein enges Zusammenarbeiten der Betriebsräte und Entente vor. Weiter soll liberal planmäßig daran gearbeitet werden, ein enges Verhältnis zwischen den Betriebsräten der einzelnen Großbetriebe und den Landarbeitern und Kleinbauern herzustellen. Die ungewohne Steuerlast und die Agrarfrage, unter der besonders die Kleinbauern leiden, haben den Boden für ein Bündnis des Industrieproletariats mit diesen Schichten geschaffen. Besonders eingehend wurde Stellung zu der

Erhebung der 2000 Großbetriebe Deutschlands

genommen. Die kolossalen Entlastungen und Preissteigerungen erschweren diese Arbeit. Ein feste gutes Mittel die Betriebsräte zu beeinflussen, sind die Arbeiterorganisationen, deren es jetzt bereits schon 200 gibt. Die Konferenz sollte sich die Aufgabe, dahin zu wirken,

haben; die Junter verdienen Milliarden, die Reichskasse aber bleibt leer.

Für die von den Sozialdemokraten gestützte Marx-Regierung, die ihren unteren Beamten und Arbeitern jede Erhöhung ihrer Hungergehälter und Hungerlöhne verweigert, weil sonst die Stabilisierung gefährdet werden könnte, ist nichts zu teuer, wenn es die Junterinteressen bedingt.

Am 3. August, dem Jahrestage des Kriegsausbruchs, soll das deutsche Volk nach dem Willen des Herrn Jarres zwei Minuten lang schweigen. Es soll durch diesen Schweigen offenbar die Schicksalsgebäude demonstrieren, mit der es sich von seinen Juntern und Großkapitalisten das Fell über die Ohren ziehen läßt.

1200 Millionen Jahresgehalt an die Junter, herausgeholt aus den Taschen des deutschen Volkes:

die Grundrente steigt, die Bodenpreise steigen.

Mit Milliardenprofitten können die Großgrundbesitzer ihre Güter, die für ein Butterrot schuldentfrei geworden sind, verkaufen. Das deutsche Volk bezahlt es ja.

Milliardengeldente bekommt die dünne Schicht der Großagrarien. Doch die arbeitenden Bauern bekommen nichts. Denn schon vor dem Kriege haben nur 30 Prozent der Landwirte Deutschlands Getreide verkauft und von den Zöllen Vorteile gehabt. Heute, nach dem Befehl der großagrariellen Gebiete im Osten, sind es noch weniger. Für die 10 und 15 Prozent der deutschen Landwirte, für die Junter, muß die wertvolle Masse Deutschlands diese Milliardenlasten tragen. Für sie wird die Felle auf Köfen des arbeitenden Volkes geschl. Die arbeitenden Bauern aber brechen unter der Last der Agrarfrage zusammen.

Die arbeitenden Bauern brauchen Steuernachschuß. Den gibt ihnen nur ein räufschäftloser Eingriff in den Kapitalbesitz.

Sie brauchen Land. Das gibt ihnen die Beschlagnahme des Großgrundbesitzes. Sie brauchen billige Düngemittel und Maschinen. Die gibt ihnen die Kontrolle der Produktion.

Nur im Kampf mit den Arbeitern, im Kampf gegen die Kapitalisten und Junter können sie das, was sie brauchen, erringen.

Preisausgleich sind in der Zeit der Saison-Ausverkäufe modern. Der Reichsfinanzminister hat in seiner Sonnabend-Rede denen einen Preis vorgeschrieben, die einen besseren Ausweg aus der Agrarfrage wüßten, als es die Zölle sind, deren Volksfeindlichkeit selbst Herr Marx nicht zu leugnen magt.

Nun, wir Kommunisten wissen den Ausweg. Wir haben ihn hundertmal den Arbeitern in Stadt und Land gezeigt. Der Ausweg ist: die Beseitigung der von den Sozialdemokraten gehaltenen Regierung, die die Zölle und Steuern der breiten Masse aufpaßt;

die Entlassung einer Bewegung der Massen, mit dem Ziele der Selbsthilfe des deutschen Proletariats gegen Kapitalisten, Diktatur und Junterherrschaft, der Beseitigung des Kapitalistertrot.

Im Wege der Selbsthilfe müssen die Arbeiter in Stadt und Land zusammen mit den arbeitenden Bauern daran gehen,

das bei den Juntern aufgespeicherte Getreide, das sie durch die Ausfuhr den arbeitenden Massen entziehen wollen, zu beschlagnahmen.

Im Wege der Selbsthilfe müssen die Arbeiter in Stadt und Land dafür sorgen, daß die Grenzen, die der Junter-Minister Rath seinen Kampagnen für die Getreideausfuhr gezogen hat, für die Getreideausfuhr nicht gemacht werden.

Die Autorität müssen den Transport von Getreide kontrollieren.

Die Eisenbahner müssen verhindern, daß deutsches Korn, das den hungervenden deutschen Arbeitern gehört, über die Grenze geht.

Die Erziehung von Millionen deutscher Werktätiger liegt auf dem Spiel. Sie müssen handeln, im eigenen Interesse handeln, wenn sie nicht verhungern wollen.

daß bis zum Herbst dieses Jahres in jedem Großbetrieb eine Betriebsratung vorhanden ist. Die Zielungen sollen auch den Gewerkschaften ungenügend zugänglich gemacht werden. Endergebnis wie bisher soll in den Betrieben die Arbeit für die Erhebung der Betriebsräte soll ebenfalls wieder in Angriff genommen werden.

Zentralkomitee der Betriebsräte Deutschlands

zu bilden, um die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen herbeizuführen. Das Zentralkomitee wählte einen engeren Ausschuss. Beschlossen wurde noch, einen Aufruf an die deutschen Arbeiter zur zehnjährigen Wiederkehr des Kriegsausbruchs herauszugeben. In diesem Aufruf, den wir in den nächsten Tagen bringen, wird die Arbeiterchaft aufgefordert, eigene Demonstrationen gegen über den gemeinsamen Veranlassungen der imperialistischen Massenkräfte und ihrer reformistischen Parteien abzuhalten.

Die Konferenz beauftragte das neugebildete Zentralkomitee der Betriebsräte, eine Sammlung in ganz Deutschland einzuleiten. Die ersten Schritte zu verwenden ist 50 Prozent der Sammlung werden den örtlichen Betriebsratungen, 50 Prozent sollen an das Zentralkomitee abgeführt werden.

Der einseitige Willkür, der die Konferenz beehrte, wird sich sehr bald in gesteigerter Arbeit der Betriebsräte und Beschäftigten auswirken.

Die Pension des Hoovertäters

(Eig. Drahtber.) München, 15. Juli.

Dem im Disziplinarausschuss mit Dienstentlassung bedrohten früheren Polizeipräsidenten Dr. Höpner, Mitglied der deutschnationalen Reichsorganisation und als Pension zwei Drittel seines bisherigen Gehalts zuerkannt worden.

Herr Höpner ist bekanntlich derjenige, der sich im Münchener Aufstand damit begünstigt hat, daß er bereits seit fünf Jahren den Hoovertäter betreibt. Trotzdem zahlt ihm die bayrische „Republik“ die Hälfte der Pension weiter. Herr Höpner generiert sich keineswegs, die Gelder bezu von ihm zu verhaften Republik anzunehmen. Und diese hat ja dazu, denn es sind ja nur Arbeitergroßgelden, die Herr Höpner bekommt, damit er sich noch besser zu seinen Proletariatsmegeleuten vorbereiten kann.

Gewerkschaftsbewegung

Wer zahlt?

Statt Kampf — erbärmliche Bittelaktionen der Gewerkschaftsleiter

Sozialdemokraten und Gewerkschaftsführer scheitern sich heifer: Nehmt das Sachverständigengutachten an, es bringt uns, den Arbeitern, Rettung, Freiheit, Friede und Brot.

Doch je näher der Zeitpunkt der Durchführung des Dawes-Planes heranrückt, um so schmerzlicher wird es den Leipziger und Genossen. Sie fürchten die Abrechnung des Protektariats, die kommen muß, wenn die Proleten durch neue Steuern für sie und noch größere Hungerlöhne als bisher erkennen, daß sie von den Gewerkschaftsbörsen schimmen denn je angefaßt und verfaßt wurden. Um dieser drohenden Abrechnung zu entgehen, um die Kut der Massen abzulenken, greift der DGB, zu seinem alten Trick. Er schreibt auf allen Werten, in seinen Zeitungen: „Die Steuern sollen die Reichen zahlen!“ Ist das nicht ein rabiales Programm?

Ja, wenn's mit den schönen demagogischen Vorschlägen genau wäre, dann wären die Herren vom DGB, Prachtfelle!

Doch wie wollen sie ihre Forderungen durchsetzen?

Schlagen sie mit der Faust auf den Tisch, mobilisieren sie die Millionenmassen des Protektariats zum Kampf gegen die geplante Ausbeutung? O nein. Sie, die angeblichen Führer und Vertreter der härtesten Schicht des Volkes, der mehr als 20 Millionen Proletarier, sie sind doch vernünftige Staatsmänner. Sie machen es nicht wie die „unverantwortlichen“ Großagrarier, die wohl die reichliche, aber an Zahl kleinste Schicht, mit Erfolg die Regierung durch systematische Schotage und Erhöhungen mit der Bauernrevolution zwingt, ihren Geldbeutel ungeschoren zu lassen, und die Lasten des Dawes-Planes auf die gebuldeten Schultern der Arbeiterklasse abzuwälzen.

Die tapferen Helden der freigewerkschaftlichen Spitzenorganisationen dagegen machen einen hübsch artigen

Witzgang zu ihrer Marx-Jarros- und Kuhler-Regierung.

Sie haben am 2. Juli eine Eingabe an diese Bourgeois-Regierung gemacht, worin sie untertänigst darauf hinweisen, daß im Sachverständigengutachten ausgesprochen sei, in Deutschland zahlen die Reichen zu wenig Steuern und dementsprechend möchte doch die Regierung die „außerordentlich niedrige Erbschaftsteuer, die Besitz- und Einkommensteuer erhöhen“. Außerdem haben sie (die Gewerkschaften) auch das härteste Interesse daran, zu erfahren, welche sonstigen finanziellen Maßnahmen auf dem Gebiete der indirekten Steuern vorbereitet werden. Und zum Schluß dieser eckelhaften Bitteltrichtererei heißt es:

„Die Unterzeichneten bitten die Reichsregierung, tunlichst bald Tag und Stunde einer Aussprache mit Vertretern der unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenverbände bestimmen zu wollen.“

Arbeiter, Kamme! So werden von diesen Burischen Curie Feuerhischen Intellektellen vertreten. Seht Euch gegenüber diesem jämmerlichen Gemüsel das brutale rücksichtslose Vorgehen der Großagrarier und Großkapitalisten an und Ihr könnt verstehen, wenn am Schluß diese Bluslanger nicht nur nichts aus ihrer Taube bezahlen, sondern bei der Durchführung des Dawes-Planes noch mit demutvoller Unterfertigung der SPD- und Gewerkschaftsleiter große Extrarolle auf Rollen der Proleten machen.

Deshalb jagt diese demagogischen Heuchler und feigen Kapitalsföhdlinge aus allen Arbeiterversammlungen, wenn sie Euch noch vordereben wollen, sie wären zwar für das Gutachten, aber sie kämpfen dafür, daß die Lasten den Reichen aufgeschützt würden.

Kämpft zusammen mit der kommunistischen Partei gegen den Verfassungsplan. Er wird und kann nur verhindert werden, wenn, wie es auf der Kölner Konferenz zwischen den deutschen, englischen, französischen und belgischen Kommunisten festgelegt wurde, international der härteste revolutionäre Kampf aller Ausgebauten aufgenommen wird gegen das internationale Kapital und seine Lakaien. Dafür gilt es in allen Betrieben und Arbeiterversammlungen zu agitieren und sofort praktisch den Kampf zu führen.

Frauen des wertttätigen Volkes!

Die Pläne der Sachverständigen bedeuten unerhörte Verleumdung für das Protektariat und die Mittelschichten.

Wollt Ihr Massenerwerbslosigkeit Curer Männer?

Wollt Ihr Euch, Eure Männer und Kinder aus-hungern lassen?

Wollt Ihr unter Sipo-„Schuh“ die schönsten Lebensmittel ansehn dürfen?

Wollt Ihr neuen Weltkrieg im Interesse des Profits Curer Ausbeuter?

Nein?!

Dann hört, was wir Kommunisten Euch zu sagen haben. Dann kämpft unter kommunistischer Führung gegen die Pläne der imperialistischen Sachverständigen!

Am Freitag und Sonnabend

Frauen-Massen-Versammlung

- Halle: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkspark“.
- Wettin: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Kleinen Schweizerling“.
- Ammerdorf: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Eistertal“.
- Merseburg: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in der „Fünfenburg“.
- Wiegensfeld: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.
- Teuchern: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Grünen Baum“.
- Raumburg: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof „Goldener Hahn“.

- Zeitz: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in der „Guten Quelle“.
 - Eisleben: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.
 - Gersdorf: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, bei Lohmeier.
 - Sangerhausen: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Herrenzug“.
 - Burgsner: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Bartsch.
 - Wittesfeld: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.
 - Rositz: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in der „Grünen Tanne“.
 - Delitzsch: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Lindenhof“.
 - Gleichen: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Raut.
 - Wittenberg: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Lokal Freudenberg.
 - Torgau: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, in der „Waldhente“.
 - Annaburg: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Bürgergarten“.
 - Brück: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.
 - Crossen: Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof „Goldene Ede“.
 - Piekeritz: Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im „Schüchenshaus“.
 - Cahdorf: Sonnabend, den 19. Juli, abends 8 Uhr, im Galkhof.
- Jede Hausfrau, jede Arbeiterin muß an diesen Versammlungen teilnehmen!
Erscheint in Massen!
- APD, Bez. Halle-Merseburg

Betriebsräte! Erwerbslosenräte! Gewerkschafts- und Genossenschaftsfunktionäre!

- Raumburg: Donnerstag, den 17. Juli, abends 8 Uhr, im „Goldenen Hahn“.
 - Wittenberg-Piekeritz: Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Schüchenshaus“.
 - Eisleben: Mittwoch, den 18. Juli, abends 8 Uhr, im „Volkshaus“.
- Erscheinen aller Funktionäre, gleichgültig welcher Parteiorganisation, müssen erscheinen!
- Verantwortlich: Louis Drechsel für den redaktionellen Teil; für Anzeigen: Wilhelm Barnack, Halle, Kirchenstraße 14.

Genossen, Leser! Wir bitten den rückständigen Juli-Abonnementsbetrag an unsere Trägerinnen zu entrichten.

The Kottentot

ZOO ZOO

Donnerstag, den 17. Juli 1924, nachmittags 4—7 Uhr und abends 8—11 Uhr: 475

Konzerte d. Wittekind-Orchesters

Leitung: Wenzel Pütz

Henry Ford

der König der Autos und der Herrscher über die Seelen von Alexander Friedrich

Broschiert 50 Pf.

Bezug durch: Bezirks-Zentral-Buchhandlung Halle a. d. S., Zeegehefeldstr. 14

R.P.D.

Druckgruppe Halle.

Überseht Mitte, Mittwoch abends 8 Uhr, in der „Goldenen Kette“; Verammlung: Sitzung: Die Gesellschaftstage. Das Erscheinen aller ist Pflicht. Erwerbslosen-Direktorenversammlung, Mittwoch abends 6 Uhr, in der „Produktion“; Sitzung: Mittwoch abends 8 Uhr Material abholen. Kommunistische Arbeitsgruppe. Jeden Mittwoch von 4 bis 6 Uhr Verammlung der Kinder im „Volkspark“ und „Produktion-Genossenschaft“. — Mittwoch, 16. Juli, abends 7 Uhr, im „Volkspark“; Beisitzung. Mittwoch 8. Sonnabend abends 8 Uhr in der „Produktion“; Direktorenversammlung.

Spendet für die „Rote Hilfe“

Die neueste Nummer des **Knüppel**

haben eingetroffen Preis 20 Pf. Preis 20 Pf.

Bestellungen nehmen die Aus-trägerinnen entgegen

Bezirks-Zentral-Buchhandlung Halle a. d. S., Zeegehefeldstr. 14

The Kottentot

Wählung!

Gabe laufend 2180

Weißkalk

abzugeben, i. feinen und großen Vollen

B. Sitte

Mittelstraße 13, Glauchaer Str. 4

698 Morgen, Donnerstag, Frühge Wurft

Adolf Schumann, Zeitz, Krametzstraße 12.

11. neues Kinder-werk m. Klart. Gilt-ter, preis 5,-, post Bergmannstr. 17, I. L. am 6-7 Uhr abdo

Wahllospolizei, empf. Volkshandlung

Zeitungs-träger

für Hoheneipisch sofort gesucht Zu melden bei Emil Sanger, Bahnhofstraße 91

Zeitungs-träger

für Zeitz sofort gesucht. Zu melden bei D. Seidemann, Bachmannstraße 150

Familien-Nachrichten

Dank-sagung

Juridelekt vom Grabe meiner lieben Frau, unerer guten Mutter: Schönges, Großmutter und Enkel liegen mit allen denen, die Ihren Sarg lo-reich mit Kränzen schmückten und sie zur letzten Ruhe geleiteten, uneren herzlichsten Dank Im Namen der Hinterbliebenen **Albert Pfeiffer**

Sowjetterne

in den bekannten Größen, Stück 40, 50 und 60 Pf.

und **Runen**, Stk. 40 Pf.

hier eingetroffen.

Zu beziehen durch die **Bezirks-Buchhandlung** und deren Filialen

DAS WORT

kämpft für eine neue Kultur und nimmt von diesem Willensstandpunkt aus zu den wichtigsten Problemen von Gesellschaft, Geistesleben, Kultur, Wirtschaft, Politik unerschrocken Stellung

DAS WORT erscheint wöchentlich dreimal und kostet dem „Klassenkampf“-Leser für den Monat nur 1,50 Mark. Gebt die Bestellung sofort auf!

Nach wie vor lauten Wiedererzähler vorzüglich

Schokoladen, Keks, Kaka, Bonbon

sowie alle anderen Süßigkeiten bei der bekannten 221

Schokoladen-Spezial-Großhandl.

Willy Voigt

Halle, Markt 6.

Wohn: Wöhrmann & Co., Ede Schillerstraße, Tel. 4736

keine Anzeigen

Wöhrmann & Co. Zimmer von Gen. lotort get. Offerten unter 2187 a. d. „Klassenkampf“

Halle und Saalkreis

Aus Not und Ketter kommt der Schrei:

Schickt „Rote Hilfe“!

Sammelt Zigarren u. Tabak für die Gefangenen!

Immer und immer wieder kommen Briefe aus den Gefängnissen an die „Rote Hilfe“ mit der Bitte, etwas zum Rauchen zu schicken.

Su schreibt Genosse Fr. aus dem Zuchthaus in Waldheim (Sachsen):

„Im vorigen Jahr erhielt ich ein Paket mit Rauchwaren. Der Rauch war groß, auch wenn man mit nur das Rauchen aus dem Hofe im Hofe eines Wächters gestattet. Ich bitte Euch, verjudt u. s. in diesem Jahre ein Paket Tabak und Zigarettenpapier zu schicken. Hoffentlich gestattet man mir es jetzt, in der Zelle zu rauchen.“

Groß ist die Freude der Gefangenen, wenn sie ein Paket Rauchbares erhalten. Genosse H. aus dem Gefängnis in Hamburg schreibt:

„Wir haben jetzt von der Partei ein paar Zigaretten erhalten. Unsere Freude war groß. Ihr glaubt nicht, wie dankbar wir für ein paar Zigaretten oder Zigaretten sind.“

Genosse, rauch in jeder Woche eine Zigarre weniger. — Schick sie dem Bruder ins Gefängnis.

Prozeß gegen die Demonstranten vom 11. Mai

Zeugen gesucht

Am Freitag, dem 18. Juli, beginnt hier der Prozeß gegen den Genossen Weimann und die anderen Angeklagten, die am 11. Mai in Wöllberg gefaßt worden waren. Alle Genossen, die als Zeugen in Frage kommen und die Ausrichtungen der Freizeiten und der Schippo teilnehmen können, müssen sich zu diesem Zweck morgen, Donnerstagmorgen, 12 Uhr in der Produktionsgenossenschaft, Lokalstation, melden.

Zusammenstoß zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot

Das Reichsbanner macht dem Stahlhelm seinen Militärstolz nicht freilich. In Uniformen, etwas romantisch wildschaflich, ziehen die schwarzgoldenen Jünglinge gleich den Hitlerianern durch die Straßen, und da kommen dann weltbewegende Schlägen zwischen monarchistischen und republikanischen Kaputistenfreunden zustande. Der Volksbericht meldet:

Am Montagabend entstand in der Großen Steinstraße, Ecke Rämmerstraße, zwischen Angehörigen des Stahlhelmbundes „Schwarzrot“ und Angehörigen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold eine Schlägerei. Das Heftaufkommando war bald zur Stelle. Eine größere Anzahl Festgenommene wurden festgenommen. Mehrere Personen hatten leibliche Verletzungen durch Stockschläge davongetragen.

Jede der Parteien bereitete sich in ihrer Presse, so gut sie kann, die anderen wieder schuld gemacht. Uns scheint hierzu richtig, was Heine in seinem bekannten Gedicht sagt:

„Und es will mich schier bedünken,
Dag der Rächel und der Wänd,
Dag sie alle beide hinken.“

Der Kampf der Invaliden

Die am Sonntag, dem 13. Juli, im „Volkspark“ abgehaltene Monatsversammlung des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen, Ortsgruppe Halle, fand unter freier Leitung statt. Kollege Thiel erstattete als Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses einen Bericht über den Stand der Invalidenhilfe. Obwohl eine starke Zunahme der Mitgliedschaft festzustellen ist, sind dennoch 70 Prozent der Invaliden noch nicht den Leistungen des Verbandes angeschlossen. Um die Lage der Invaliden etwas günstiger zu gestalten, müssen sie zur Selbsthilfe. Nach einstimmiger Annahme sind die Waren von ausgezeichneter Qualität. Nicht eines jeden Invaliden muß es daher sein, mit dem geringsten ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln seine Bedürfnisse bei der in der Zukunft, immer 3 befähigten Ausgabestelle zu decken. Wenn alle Invaliden das Unternehmen führen, wird es noch bedeutend größere Leistungen erzielen.

Kollege Schoenlant berichtete dann über den Stand der Kostenaufwertung. Während man den Invalidenten den Anrechnungsfuß des Arbeitsverdienstes von 1150 Mk. wieder auf 1800 Mk. bringen will, während die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen aufgeführt werden, will man die Invalidenten, die bisher nur 13 Mk. monatlich erhalten, durch Erhöhung des Zuschusses von 36 auf 48 Mk. mit einer monatlichen Erhöhung von einer einzigen Mark abheben. Gegen dieses brutale Vorgehen der Reichsregierung, das dem Reichstag unterstellt wurde — denn die Anträge der Kriegsopfer sind nun und auf Genehmigung eines Reichsausschusses sind abgelehnt worden, muß der schärfste Kampf geführt werden. Das kann nur geschehen, wenn sämtliche Invaliden reiflos organisiert sind.

Dem Kollegen Hermann wurde als Kolleger der Invalidenhilfe Entlastung erteilt und ihm für seine aufopfernde Tätigkeit die Anerkennung ausgesprochen. Seine Aufgaben werden den Kollegen Hermann Reber übertragen. Nicht eines jeden Invaliden muß es daher sein, mit dem geringsten ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln seine Bedürfnisse bei der in der Zukunft, immer 3 befähigten Ausgabestelle zu decken. Wenn alle Invaliden das Unternehmen führen, wird es noch bedeutend größere Leistungen erzielen.

Der Bedarf von Rohle und Kartoffeln soll bei der Geschäftsstelle der Invalidenhilfe angemeldet werden. Die nächste Versammlung findet am 9. September, vormittags 9 Uhr, im „Volkspark“ statt.

Die Bauarbeiter lehnen den Schlichtungspruch des Schlichtungsausschusses ab

In der am 15. Juli 1924 im „Volkspark“ von über 1000 Streikenden beschlossenen Bauarbeiterversammlung wurde der Bericht von dem am 14. Juli stattgefundenen Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss gegeben. Da eine nochmalige Verhandlung mit den Unternehmern ergebnislos verlief, hat der Schlichtungsausschuss folgenden Spruch mit drei gegen zwei Stimmen gefaßt:

1. Eine Entscheidung über die Lohnaufteilung ist im Augenblick noch nicht möglich, da die Parteien diese Anträge in ihrem Für und Wider noch nicht verhandelt und begründet haben.
2. Den Parteien wird aufgegeben, unverzüglich die Verhandlungen über eine neue Regelung der Lohnaufteilung aufzunehmen und sich möglichst zu einigen. Sollte eine Einigung am 24. Juli 1924, 9 Uhr, nicht zustande kommen, so findet Termin am Donnerstag, dem 24. Juli 1924, 9 Uhr, morgens, zur Entscheidung darüber statt. Den Parteien wird im Falle der Nicht-Einigung aufgegeben, spätestens bis zum 23. Juli 1924 in einem Schriftsatz in doppelter Ausfertigung einen Bericht über ihre Verhandlung und über ihre Stellungnahme anzufertigen und ein Exemplar untereinander auszutauschen und je ein Exemplar dem Schlichtungsausschuss einzureichen.
3. Der Spitzenlohn wird für den Juli 1924 auf 0,64 Mk. auf 0,66 Mk. — also um 0,02 Mk. — erhöht. Die anderen Lohnsätze regeln sich der letzten Lohnregelung entsprechend.
4. Die den hier vertretenen Organisationen angehörenden freistehenden Arbeiter, auf die sich auch die Lohnhöhung bezieht, haben die Arbeit spätestens bis Freitag, den 18. Juli 1924, wie gewöhnlich wieder aufzunehmen.
5. Die Parteien haben sich bis spätestens Donnerstag, den 17. Juli 1924, mittags 12 Uhr, zu erklären über Annahme oder Ablehnung des Schlichtungsspruches.

Der Schlichtungsausschuss

J. A.
gez. Unterzeichneten.

Die Versammelten waren über diesen Schlichtungspruch demmaßen enttäuscht, daß alle Disziplinärener für Ablehnung eintraten. Die Abstimmung, welche per Stimmzettel vorgenommen wurde, ergab 829 Stimmen für Ablehnung und 104 Stimmen für Annahme. An der Abstimmung nahmen nur freistehende Bauarbeiter teil.

Die ländlichen Kollegen nehmen in ihren Streikversammlungen am Mittwoch, dem 16. Juli, zum Schlichtungspruch Stellung und sind ebenfalls verpflichtet, per Stimmzettel über Annahme oder Ablehnung abzustimmen.

Einmütig wurde beschlossen, daß der Kampf verhärtet weiterzuführen ist. Alle bereits genehmigten Arbeiterleistungen, auch derjenigen Betriebe, welche den gelobten Stundenlohn von 0,65 Mk. bewilligt haben, werden zurückgegeben. Die Streikenden verpflichten sich, mehr wie bisher für die restlose Durchführung des Kampfes Sorge zu tragen.

Wie die Deffentlichkeit über den gerechten Kampf der Bauarbeiter denkt, geht aus verschiedenen Äußerungen der Kleineren und mittleren Geschäftskreise hervor, indem sie über die Ungerechtigkeit, die den Bauarbeitern durch das Verhalten der Unternehmer angetan wird, sich äußern. Über die hohen Prozente, welche die Unternehmer an dem einzelnen Arbeiter verdienen, äußerten, beträgt doch der Unternehmerverdienst pro Stunde und Arbeiter 50 bis 100 Prozent.

Der Gemeindevorsteher in Braßfeld ein kleiner Bulle

In Braßfeld besteht die Gemeindevertretung aus neun Mitgliedern, vier davon sind Kommunisten, einer ist Sozialdemokrat. Unsere Genossen haben, nachdem sie bei der Einführung der Handlung geleitet hatten, eine Erklärung abgegeben, ähnlich der bei den hiesigen kommunalistischen Stadtparteiorganisationen. Darauf ließ sich der Stadtpartei-Gemeindevorsteher nicht beugen, die vier Genossen ließen auf Widerruf von allen Sitzungen ausschließen. Auf eine nochmalige Erklärung, daß nicht beabsichtigt war, gegen die Geschäftsordnung zu verstoßen, erhielten die kommunalistischen Gemeindevorsteher die Antwort, daß der Ausschluß im vollen Umfange aufrechterhalten bleibt.

Nun sollte am 12. Juli die Wahl des Gemeindevorstandes und der Schöffen stattfinden. Die kommunalistischen Vertreter wurden nicht eingeladen, der Sozialdemokrat erschien nicht, da er fürchtete, daß man ihm einen Stimmzettel mit den Bürgerlichen vorwerfen könnte, und so konnten die Reaktionsäre die Wahlen allein vornehmen. Das es aber mit ihrem so laut und viel gezeigten Mut nicht weit her ist, zeigt die Tatsache, daß der Gemeindevorsteher zu seinem persönlichen Schutz den Gemeindern in die Sitzung mitgenommen hatte.

Die kommunalistischen Wähler der Braßfeld protestieren auf schärfste gegen diese Vergewaltigung ihrer Meinung. Fast die Hälfte aller Wähler ist nunmehr der Stimme beraubt.

Auszahlung der „Roten-Hilfe“-Unterstützung. Die Auszahlung der Juli-Unterstützung für die in Halle wohnenden Unterhaltungsangehörigen, erfolgt in den nächsten Tagen. Die betreffenden Genossen werden ersucht, sich am Freitag, den 18. Juli, in der Geschäftsstelle 14, vorzufinden, und zwar in der Zeit von 9 bis 12 Uhr vormittags.

Für die Opfer des 11. Mai wurden anlässlich des Bezirksfingertages auf die Sammelhilfe 38,70 Mark gesendet. Den Genossen und Genossinnen bei anderen Arbeiter-Versammlungen zur Nachahmung empfohlen.

Kommunistische Metallarbeiter. Treffpunkt heute abend um 1/8 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung muß jeder Betrieb unbedingt vertreten sein.

Von der Streikleitung wurde darauf hingewiesen, daß auf Grund der heute gefaßten Beschlüsse sich jeder Streikende zu erklären in den Dienst der Sache zu stellen habe, es müßten täglich Baukontrollen vorgenommen werden, um eventuelle Streikbrecher auf ihr schändliches Verhalten aufmerksam zu machen. Auch müssen die Frauen der Streikenden mehr wie bisher am Kampfe der Bauarbeiter interessiert werden. Mit einem Hoch auf die kämpfende Bauarbeiterschaft wurde die vom besten Kampfgeliste besetzte Versammlung geschlossen.

Aufruf an die Kollegen im Baugewerbe!

Seit Wochen verfahren sich die Zustände im Baugewerbe. Das Unternehmertum versucht, seinen Willen, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne möglichst niedrig zu halten, durchzusetzen. Allorts in Deutschland stehen die Bauarbeiter im Abwehrkampf. Sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen das Diktat der Unternehmer, gegen die Einführung des Zehn- und Zwölfstundentages. Die Arbeitererschaft wird in diesem Kampf nur dann helfen können, wenn die gesamte Bauarbeiterschaft mitteilt, die Kämpfe zu führen. Dazu gehört vor allen Dingen, daß Ihr Euch den wirtschaftlichen Organisationen anschließt, die geschlossen sind, um die Interessen der Arbeitererschaft zu vertreten.

Bauarbeiterweise hat ein Teil der Bauarbeiterschaft noch nicht erkannt, daß die Angriffe der Unternehmer nur abgewehrt werden können, wenn starke wirtschaftliche Organisationen der Arbeitererschaft zur Verfügung stehen. Das heißt bereits im Bezirk Bitterfeld und Merseburg zwölf Stunden und länger gearbeitet wird, ist der Interessentlosigkeit, der Organisationslosigkeit, der dort beschäftigten Bauarbeiter zuzuschreiben!

Kollegen! Wenn Ihr andere Zustände schaffen wollt, wenn Ihr tatsächlich den Kampf gegen das Unternehmertum führen wollt, müßt Ihr dazu übergehen, mit uns gemeinsam Eure wirtschaftlichen Organisationen wieder aufzubauen, ohne die es nicht möglich sein wird, irgendeine Aktion zu unternehmen. Es darf in der heutigen Zeit keine Organisationslosen in den Baubetrieben geben! Schließt Euch Euren wirtschaftlichen Organisationen an, helft mit, andere Zustände zu schaffen, damit endlich der Weg freigeht wird, der Bauarbeiterschaft die ihr zulebenden Rechte hinführen. Organisiert sofort Betriebsversammlungen, in denen wir zu Euch sprechen werden.

Verband der ausgeschlossenen Bauarbeiter Bezirk Mitteldeutschland

Halle a. S., Lindenfeldstraße 14.

Zusammenwirken der Gewerkschaften und Genossenschaften bei wirtschaftlichen Kämpfen

In Halle trifft seit drei Wochen die 130 Mann starke Bauarbeiterschaft der Firmen G. u. S. 12 8 33 u. c. Die Desorganisation der Bauarbeiter wird nunmehr mit dem Allgemeinen Konsumverein, Halle, die Vereinbarung getroffen, das erstmalig in dieser Woche Gustine zur Entnahme von Lebensmitteln aus den Streikenden herausgegeben werden. Verheiratete erhalten solche zu 5 Mark, Ledige solche zu 3 Mark. Die Wons sind in der heutigen Gewerkschaftsversammlung verteilt und werden in sämtlichen Filialen angenommen. Das Zusammenwirken der Gewerkschaften mit den Konsumvereinen ist zu begrüßen. Bei dem Kampf gegen die Unternehmer müssen sich diese proletarischen Organisationen als feste Stützen für die proletarischen Kämpfer erweisen.

Das 1. Halle'sche Mandolinen-Orchester, E.S., veranstaltet zusammen mit dem Gesangsverein Vereinigter Lieberkeiser, am Freitag, dem 18. Juli, im „Hofjäger“, ein Garten-Instrumental- und Vokal-Konzert, wozu circa 100 Mitwirkende teilnehmen. Zu dem für Halle zum erstenmal veranstalteten Mandolinen-Orchesterbegleitung zum Vortrag gebracht werden, könnte dieses Konzert jedem Sänger eines der genutzlichsten werden. Programme bei allen Mitgliedern obiger Vereine.

Der Allgemeine Konsumverein Halle und Umgegend bezieht Sonntag zum zweitenmal den Internationalen Genossenschaftlichen Jahrestag. Auffstellung zum Jahrestag beginnt am Sonntag 12 Uhr auf dem Hauptplatz. Der Zug bewegt sich nach der Richtung, wo ein Wettbewerb stattfindet und Ansprachen gehalten werden.

Seeben. Die Freie Theater- und Mandolinenvereinigung Halle veranstaltet Sonntag, den 20. Juli, im Gasthof Glug, Seeben, nachmittags von 3 bis 4 1/2 Uhr Volksstunde und Spiele für jung und alt, von 5 bis 7 Uhr Augenbahnaufführungen (In einem linken Grunde), Sonntag in drei Akten. 8 Uhr proletarische Abendfeier mit Musik, Rezitation, Volkstänze, Sprechchor, Gesang, Theateraufführung und Lebende Bilder. Da 30 Prozent der Gesamteinnahme der Roten Hilfe überwiesen werden, ist es proletarische Pflicht der halbenbewußten Arbeitererschaft von Seeben, Leida, Wetz, Sennewitz und Guttenberg, an den Veranstaltungen teilzunehmen.

Freidrichshagen. Dem gleich die Ortsgruppe Nr. 18 Mitglieder zählt, hatten sich 50 Personen gefunden. Die aus Referat des Genossen Krennde (Dolan) über das „Sachverständigenabkommen“ anhörend. Die Diskussion war reger, und man kann feststellen, daß, wenn die Proleten ihren persönlichen Hof über Bord werfen, können, hinweg mit diesem Hader, Einigkeit stellt unsere Keilheit Freidrichshagen wieder eine starke Ortsgruppe wird. Darum Genossen, Freitag, den 18. Juli, abends 8 Uhr, findet im Festhagen Total eine öffentliche Wählerwahlversammlung statt. Referent: Bandtagsabgeordneter Otto Hillen.

Oppin. K. u. w. a. h. der Gemeindevorsteher. Da bis am 4. Mai stattgefundenen Wahl für ungültig erklärt worden ist, findet nunmehr die Neuwahl am kommenden Sonntag, dem 20. Juli, im Gasthof Fest statt. Alle diejenigen, welche am kommenden Wahltage das 20. Lebensjahr vollendet haben und sechs Monate in der Gemeinde wohnen, sind wahlberechtigt. Wir ersuchen die Arbeitererschaft von Oppin, sich an der Wahl reiflos zu beteiligen.

Frauen von Halle. Freitag, den 18. Juli, abds. 8 Uhr, im „Volkspark“: Frauen von Halle. Deffentl. Frauenversammlung

Thema: Die Frauen und das Sachverständigenabkommen

Wir laden alle Frauen ein, in dieser wichtigen Versammlung zu erscheinen, um sich über die furchtbaren Auswirkungen des Abkommens zu orientieren

ABD., Ortsgruppe Halle J. A.: Hertel

Leben. Wissen. Kunst

Rebellion

Wenn das Übermaß der Leiden in Euch den Entschluß heranzuführen läßt, jene Rechte zu erlangen, die Euch von den Unterdrückten geraubt wurden, so beschuldigen Euch diese der Verletzung der Ordnung, nennen Euch Rebellen. Rebellen gegen wen? Es gibt bloß eine einzige Rebellion, die gegen das Volk. Die Rebellen sind jene, die sich auf Kosten des Volkes Privilegien vermittelt Gewalt oder List aneignen. Wenn das Volk deren Herrschaft zerschmettert, so führt es nicht die Ordnung, im Gegenteil, es stellt sie her und wirkt am Werk der Gerechtigkeit. Lamenais.

Meine Erziehung zur Illegalität!

Von D. S.

„Als mein Mann zum erstenmal mit dem Namen eines Genossen nicht nennen wollte, mit dem er eine Verbindung hatte, führte ich mich in meinen heiligsten Gefühlsregungen verriet. Ich dachte, es sei unbedingt etwas, was ich gegen mich persönlich nicht, und es führte zu einer Ausdrucksform. „Gut, ich glaube Deiner Zuverlässigkeit und vertraue Dir einen Namen an, eine Angelegenheit, irgend etwas, was Du nicht zu wissen brauchst, aber winst Du. Du hält ein ebenso für Dich zuverlässigen Freundin oder Verwandten, der Du das ebenso anvertraut. Aber diese Frau sah einen Grad weniger zuverlässig sein. Nur vertraut sie es wiederum einem verlässlichen Menschen, dieser einem anderen ... und in der langen Reihe der Vertrauenswerten kann sich doch einer finden, der es nicht mehr ist. Wie kann ich von Dir verlangen, daß Du verlässlicher bist als ich, wenn ich selber das Prinzip durchbrechen und Dir etwas sage, was nur ich wissen darf? Daher darf ich Du nicht verlangen, daß ich Dir etwas anvertraue, was Du nicht absolut notwendig wissen mußt.“

Als mein Mann in der illegalen Zeit, nach dem Zusammenbruch der Spartakuswache, von allen Epochen geht, wieder nach Berlin kam und mir in ein Hotel zog, fragte er mich sofort, ob ich auch alles vernichtet habe, was ihn langwieriger gemacht hätte. „Aber selbstverständlich!“ — „Alles?“ — „Freilich alle, was sonst Du fragen?“ Ich dachte an die sorgfältig durchgeführten Koffer, Schuttsachen, Schränke — witzig alles! — „Ich weiß doch Deine Sandhölchen durchsuchen.“ Ich war wiederum verärgert. „In der Sandhölche, in einem verschwiegenen Hofe, fanden wir einen Ausweis der Polizei, einen Ausweis von Eichhorn, dem Vizepräsidenten und Verschiedene andere, alle mit dem vollen Namen Eugen Levine, die ihn als guten kommunistischen Genossen empfahlen.“

Ich selber dachte beinahe das Wort vollbracht, wofür in München die Post-Schergen einem Spindel 30 000 Mark gezahlt haben. Nach der Schließung der russischen Botschaft im Jahre 1918 wurde auch in der Post und besonders in Zimmer Levine's eine peinliche Hausdurchsuchung vorgenommen. Levine wußte keine Minute von der Stelle, beobachtete aufmerksam jede Bewegung des Kriminalbeamten und lagte auch mir, daß ich aufpassen möchte. Einem der Beamten ließ das auf und er fragte: „Herrchen Sie, Herr Doktor, es würde etwas megalomane?“ Mir kam doch keine Dichtung. „Worauf Levine mit ausgelegter Höflichkeit erwiderte: „Nein, aber ich fürchte, es könnte was dazukommen.“

In München ließ ich mich einmal von einem Genossen zum Hotel begleiten, wo wir illegal lebten. Als Levine es erfuhr, befand er darauf, daß wir unter Quartier wählten. „Aber warum denn?“ Es ist doch Genosse! Du wachst doch keineswegs an seiner Zuverlässigkeit?“ — Es half nichts. „Du kannst doch nicht verlangen, daß er unsere Illegalität starker bezeugt als Du selbst, die Du ihm unsere Wohnung zeigst, und doch er bei Gelegenheit unsere Adresse nicht weiter sagt. Denke an das Prinzip, das jeder Revolutionär immer im Auge behalten muß: in der Reihe der Zuverlässigen könnte einer es nicht mehr sein. Jeder muß dafür sorgen, daß keine Karte entsteht, die nur er allein das weiß, was ein anderer nicht zu wissen braucht.“

Diese Schule hat mir genützt. Die Beobachtungen, die ich selber gemacht habe, zeigten, daß Verhaltungen meistens dadurch einleuchten sind, daß diese Mängel der menschlichen Natur verhängen ist. Besonders häufig sind die Verhängungen darauf zurückzuführen, daß Genossen der Verschwägertheit der anderen mehr vertrauen als der eigenen, d. h. selber schwächen und glauben, die anderen würden es nicht weiterlegen.

Hausdurchsuchung in den Parlamenten

Von Vera Las

Personen: Drei kommunistische Abgeordnete, Landtagspräsident Reiner, der Landtagsdirektor Die kommunistischen Abgeordneten: Wir protestieren gegen diesen ungeheuerlichen Rechtsbruch.

Das Metall der Toten

Von Concha Elpina

„Lieber Gott! Ich lege die Hand auf die Schulter: Ich werde ich doch und Antia mitnehmen.“ Der Vater zuckt zusammen. „Sie braucht nicht unter den ersten zu sein, die geboren werden“, sagt er. Aber mit einer Begrüßung, die ihm gegen seinen Willen einschüßelt, fährt er fort: „Gute Gott, nur, daß sie nicht die letzte ist!“ Er ist lo in Gebanten, als wenn eine heimliche Kränze an ihm nagt.

Die Kameraden nahmen an, daß er mit Ungehob auf den Ausgang von Gabriels Feldennütigen Unternehmen wartet, daß die Ungewissheit ihm lähmet, wie sie selber. Und sie beschäftigen sich mit anderen Neugierigen und besprechen den letzten Erfolg, den Streit aller spanischen Bureaubeamten im Reiner, die sich zum ersten Male in diesem sozialen Kampf — den Arbeiter annehmen, um gegen den unqualifizierbaren Erfolg des Direktors zu protestieren.

Bei dieser Unterhaltung wird Egoie lebendig: „Das ist ein großer Triumph für uns!“ „Und ein gutes Zeichen für den Geist, der in Spanien herrscht!“ sagt Egoie hinzu.

„Das muß gefeiert werden!“ schlägt der Arzt vor. — „Ich habe heute ein paar Belegen bekommen; dafür wollen wir gut zu Abend essen!“ Er läßt den Bild mit der Begrüßung eines Menschen umherschweifen, der sich eines Verbrechens bewußt, und führt Neue über seine Worte, denn er glaubt die gierigen Augen der Menge antugend auf sich gerichtet zu fühlen.

„Wir wollen ein bißchen besser zu Abend essen!“ schlägt er treuherzig. „Und ich werde alles, was ich habe, wie sonst der Spindelkater: übergeben.“ Er kommt aus wohlhabender Familie, die ihn nicht im Stich läßt, obwohl sie ihn für verrückt hält. Er nimmt an, was sie ihm bieten, bleibt hier als freiwilliger Mitkämpfer für die Sache der Arbeiter und bekommt, wie die übrigen Streitenden, die Bestrafung

1. komm. Abg.: Gegen diese Verhöhnung der Immunität.
2. komm. Abg.: Gegen diese Beleidigung und Vergewaltigung der deutschen Parlamente.

3. komm. Abg.: Gegen das öffentliche Posteln der Epigehände trotz Tollwutepidemie.

1. komm. Abg.: Gegen diese terroristischen Willkürakte gegen eine Partei.

2. komm. Abg.: Gegen die bezahlten Langfinger an unseren Schranken.

3. komm. Abg.: Gegen den Kriegs- und Siegestanz der Schwarzen Hundert.

Alle zusammen: Gegen, gegen, gegen — — es läßt sich nicht alles aufzählen.

Reiner: Ich bitte die Herren, sich zu beruhigen. Ganz ungewöhnliche, ungeschickliche Umstände haben diesen unangenehmen Schritt, zu dem ich mich schwerem Herzen entschließen mußte, nach einander Verhängung mit meinem verehrten Kollegen vom Reichstag —

1. komm. Abg.: Du, ein Sozialdemokrat, mit dem Deutschnationalen!

Reiner: Also nach Verhängung mit meinem verehrten Kollegen entschloß ich mich gegen die Gefahr des Hochverrats, des Umsturzes —

2. komm. Abg.: Wir sind eine revolutionäre Partei. Aber die Immunität der Abgeordneten!

Reiner: Wegen des dringenden Verdachts des Mordmordes —

3. komm. Abg.: Wegen der deutsch-russischen Mordmorde meinst Du?

Reiner: Ganz recht, meine Herren.

2. komm. Abg.: Wegen der von Gumbel nachgewiesenen vierhundert ungeschlachten Morde von rechts.

Reiner: Ganz recht, meine Herren, wegen der vielen Morde.

1. komm. Abg.: Wegen der unaufhörlichen deutsch-russischen Morde werden die Schranken der kommunistischen Abgeordneten erbrochen?

Reiner: Ganz recht, meine Herren, weil ich vermuten läßt daß die Mordepraxis der Rechten anstehend gewirkt haben könnte.

1. komm. Abg.: Da sollte man doch erst die Schranken der Wölfsjungen unterziehen.

Reiner: Das wäre gegen jede Tradition. So etwas können Sie nicht im Ernst verlangen. Und außerdem gibt es in England eine Fischei. Und außerdem, der Verdacht daß ich soll befristet.

Die kommunistischen Abgeordneten: Bestätigt?

Reiner: Es ist schwerfälliges Material gefunden worden. Bitte, Herr Landtagsdirektor.

Landtagsdirektor: Er zieht aus seiner Mappe eine Maulerpistole, ein Leines Schaufelrad und eine Puppe; Meine Herren, der schwerste Verdacht ist noch übertrieben worden. Bei dem, der hier am meisten geschrien hat, hat mich ersten Abgeordneten, wurde diese Maulerpistole gefunden. Es liegt hier dringender Verdacht vor, daß mit dieser Maulerpistole sämtliche Führer sämtlicher bürgerlichen Parteien an einem bestimmten Tage befristet werden können. Diese Maulerpistole ist der unerschütterliche Beweis für eine von den Kommunisten geleiteter Verblödsungsschand.

1. komm. Abg.: Mensch, die Wölfe ist doch ein Wölfling im Jirtus Vuff abgenommen und lag als Beweismittel in dem Schrank.

Direktor: Ja, eben als Beweis, wie ich sagte, als Beweis. — Der zweite Beweis für vollkommen Hochverrat ist dieses Schaufelrad, so klein es auch ist, gefunden in dem Schrank des Abgeordneten Pflon.

Die Abgeordneten: Hört, hört!

Direktor: Dieses Schaufelrad beweist ein dreifaches Verbrechen. Erstens schautet der Abgeordnete Pflon auf ihn zwischen dem Hinten und dem rechten Hügel seiner Partei hin und her, was sehr bei Euch lächeln ließ. Er ist erheben a als linker überhöhter Hochverräter, h) als rechts Hindereckenscher insistent die Rechte seiner Partei mit Hochverrat. Zweitens dient dieses Schaufelrad offenbar zum Kurierdienst zwischen Moskau und Berlin, ist also der Beweis für Konspiration mit einer feindlichen Macht. Drittens hat man den Abgeordneten Pflon auf diesem Pferd durch die Wölfling Bestirne von Berlin reiten sehen.

Die Abgeordneten: Oh! Auf dem Pferd kann ja nicht mal ein Kind reiten.

Direktor (mit erhebener Stimme): Er ist gesehen worden. Zeugen vor!

Drei Schupwachmeister bringen vor.

Die Nachmittage: Wir besetzen bei unserem Dienst, daß wir ihn auf diesem Pferd durch den Hof von Berlin reiten sehen, wobei er eine Sommelage schwang, auf einer Maultrammel hies und aufreißende Reide hielt.

Direktor: Also bewiesen.

1. komm. Abg.: Er wollte das Arbeiterelend dort kennen lernen.

strenger Strafen zu schänden. Seine Kollegen haben nicht den Mut gehabt, auf Bezahlung zu verzichten und wandern aus, während dieser Traumer jostet; denn wenn auch die Anstöße leer ist und er keine Möglichkeit hat, der ganzen Klientel des Spindelkater beizufolgen, so ist er doch mit unerschütterlichem Stand an die Organisation gebunden. Und schließlich ist er auch ein wenig in der Richtung der Rechten vertrieben, aber in der romantischen Verführung für das bewundernswürdige junge Mädchen erfüllt, das ihn nicht lieben kann. Eben diese Gewißheit bestärkt ihn nur in seinem ruhigen, kerzigen Aukt, dem etwas brüderliche Zuneigung beigeißelt ist. Er hatte beobachtet, daß das junge Mädchen bei der ungeschicklichen Anknappheit der Wölflingen direkt von seinem Gelde Freude haben sollte, aber in der Vermutung des „Hohen Streifs“ herrscht eine unbehagliche Redlichkeit, und über die Schwelle der Zentrale kommen nur solche allgemeinen Gaben, die sich in Spitztrumen verwandeln und an die leistungstaugen Bedürftigen der Genossenschaft erteilen lassen.

Alejandro Romero ist nicht imstande, die Harmonie dieses frommen Ertrags zu durchbrechen; er fühlt die Danknoten in seiner Tasche knistern und beschließt, als getreuer Ritter des Sozialen Entschlossenheit zu üben.

Der Nachmittag ist im Glanze der Wolken vor Stoffe vergangen. Eine bedrückende Schwere liegt in der Luft: der von der jadtigen Höhe der Schieferdächer begrenzte Horizont brant, und die roten Hügel, die düsteren Schluchten ringsum bewahren ein zages Schmelgen.

Das La liegt regungslos, von Rauch und Schimmel lastgeschoren, von Gruben zerföhnen, als set es unter dem Angriff eines titanischen Götzen verendet.

Das Band der Eisenbahn ist schwarz geworden; seit die Mineralien sie nicht mehr färben, erdicht sie von den Schlacken, die er durch die Strecken dienen, wie umhüllt. Heute zieht sie die als gemeine Arbeiterkammer auf sich, als der Transport abgeht, der die unglücklichen Reinen fürführt, die man unter den am meisten gefährdeten auswählt hat.

Neben dem Offizier auf einem Trittbret laufend, ruft José Luis laut: „Doch Guazua!“

Direktor: Ganz recht. Arbeiterelend ist vollendetes Hochverrat, denn Arbeiterelend ist bolschewistisches Propagandamittel. Der Abgeordnete Pflon begreift sich also auf diesem Pferd mitten durch bolschewistisches Propagandagebiet und in der Richtung nach Osten, was Moskau bedeutet. Also dreifach bewiesen und von drei Schupwachmeistern beglaubigter Hochverrat.

Das jolterweise der Abgeordnete Pflon das Land von außen her zu geritten gelacht, so ist die Abgeordnete Rosi Wölfling im deren Schreilichschaff man diesen Zintenschiff in Gehalt einer Puppe fand, dadurch überführt, das grauhafteste Zerstörungswerk im Inneren verurteilt zu haben.

Die kommunistischen Abgeordneten: Beweist!

Direktor: Der unüberlegliche Beweis ist diese Puppe. Die kommunistischen Frauen agitieren gegen den Abtreibungs-Zuschussparagrafen. Durch diese teuflische Puppe beweist die Abgeordnete Wölfling, daß man sich auch ohne Kinder helfen kann, wenn man statt dessen eine Puppe hat. Diese Puppe ist also ein Angriff auf die Volkstaut, Gesundheit und Sittlichkeit. Tang Puppe soll die deutschen Arbeiterfrauen dazu verführen, sich inderless dem Bolschewismus in die Arme zu werfen und einen schändlichen deutsch-russischen Bolschewismusstark zu gebären. Ist diese Puppe ein Besitzgut der Abgeordneten Wölfling?

Abg. Wölfling: Ja.

Direktor: So ist die Abgeordnete Wölfling des vollendeten Hochverrats überführt. Ich bedauere, Sie nicht gleich alle abführen lassen zu können. Aber trösten Sie sich. Das wird auch bald geschehen.

Die kommunistischen Abgeordneten: Und die wölfling Morde?

Direktor: Werden am wirksamsten bekämpft, wenn für jeden wölfling Morde ein kommunistischer Abgeordneter ins Gefängnis kommt und gleichzeitig Ihre Zeitungen verboten werden. Dann wird das Land Ruhe haben. Ich bin am Ende.

Reiner: Ich danke für den interaktiven und belehrenden Vortrag.

Kunstmappe „Sunger“

(Neuer Deutscher Verlag)

Die Mappe „Sunger“ enthält 7 Lithographien von Otto Dix, Georg Grosz, Ego Sabonnien, Käthe Kollik, Otto Nagel, Karl Volter, Heinrich Zille. Sie ist ein Geschenk von den Künstlern für die deutsche Hungerhilfe der V.D. Die Arbeitslosigkeit, die Entbehrungen, die Unterdrückung ergreifen immer größere Schichten der Bevölkerung. Diese „Sunger“ mappe mündet sich daher an jene um Hilfe, denen man mit dem Mitteln der Kunst der Sunger anschauen kann, was man nicht sehen kann, was die endgültige Hilfe nur möglich ist, durch den gemeinsamen Kampf, gegen diejenigen, die diese Not auf dem Gewissen haben und dauernd befreit sind, die Not noch mehr zu steigern, ihrem Profit zu Liebe.

Diese Mappe hat für uns einen großen Wert, weil hier das rein Menschliche ganz notwendig ist, und an harten Ausdrücken aus dem Leben, die fürchterliche menschliche Qual, die unerbötliche Ausbeutung grundtief durch Menschen durchmentert mich. — In diesen Lithographien ist keine Spur von Abstraktion, aus der Erkenntnis, daß die Abstraktion größtenteils heute davon ablenkt, die grauhafteste Wirklichkeit zu sehen und fundamental ändern zu wollen. Hier ist das Leben des Proletariats in seiner ganzen fürchterlichen Wirklichkeit ohne jede Schönung gezeichnet. Der Arbeiter, der diese Mappe sieht, wird wissen, daß das Leben der Sunger und der Ausbeutung grundtief nicht abzuschaffen ist, solange die Macht in den Händen seiner Unterdrücker ist. Er wird wissen, daß er die Zukunft seiner hungernen Kinder erst in Reih und Glied mit der Waffe erkämpfen muß. Ref. a.

Neue Bücher

Die Sachverhändigen-Gutachten

Die Berichte von Dames und Mackenna nebst allen Anlagen mit einer vollständigsten Einführung, ausführlicher Inhaltsübersicht und alphabetischem Sachregister, 50 Seiten Quartformat. Dieses Sonderheft der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“, herausgegeben vom Deutschen Anwalts- und Handelsrat, enthält außer den beiden Berichten nebst Anlagen eine von reiferer Seite geschriebene, orientierende Einführung über die Sunger und der Ausbeutung, ferner eine ausführliche Inhaltsübersicht über die beiden Sachverhändigenberichte, sowie ein Sachregister. Wer sich über die Einzelheiten unterrichten will, findet hier das Material, das nützlich von kommunistischen Genossen aus freilich ausgemerzt werden muß. Das genannte Heft kann im Buchhandel zum Preise von M. 3, — oder nach Verleger Reimar Hobbing, Berlin SW 61, bezogen werden. Bei Partiebezug ermäßigt Preis.

Die kraftvolle Stimme erklingt in der Antwort eines gewaltigen Schlüssens; ein jeder läßt in diesem heißen Reinen seine Tränen strömen; in der intuitiven Gebärde des Wlchides erheben sich alle Arme zu Gott.

Ein paar Soldaten auf dem Bahnhöfen grüßen die Auswanderer in spontaner Ehrfurcht. Der Arbeiter aus Dos Frescos, der sich in den letzten Wochen über soviel Todeszinsen hat beugen müssen, kommt aus einer Ecke hervor, entzündet sein Haupt, schreitet feierlich vor bis zu den Geleisen und segnet den Zug.

Die Nacht bricht an: der westliche Himmel ist wie aus getrunnenem Blut und Licht.

Man weiß nicht, wer es gesagt hat, daß aus dem Schacht „Beria“ ein Rauchschwaden aufsteigt.

Die Nacht wird erörtert, und die Menschenmenge läuft in das innere Tal, folgt zur Mesa de los Pinos hinauf, zieht durch den Park von Bista Hermosa und sieht, daß in der Tat die Öffnung des Schachtes in eine Dampfvolte gebüllt ist, die nicht nur von der Höhe der Erde herüberleuchtet scheint.

Wichtig ist aus dieser Flare, garten Wolke kurz und blau eine Flare hervor, nimmt sich, bäumt sich auf und wird tot, wie das Licht im Westen.

Ein lauter, anhaltender und schriller Aufschrei empfängt von allen Seiten die Gemächheit der Feuersbrunst; die schwarzen Flammungen bedrängen sich des Raumes, der „rote Beros“ ist wiedererbunden und redt sich gegen die Berren: das Feuer atmet, droht und spottet in der Hand des geheimnisvollen Arbeiters.

Don Martins Mut ist unerschütterlich.

Als der Funke in dem heißen Schacht vor Surcus Augen aufklammert, gerade als hätte er den Flug eines Wlches genommen, sah das ganze nordamerikanische Hofflager bei dem lauten Abendwinde im Balkenlicht des Grotzens.

Im Park hört man paar um paar Arbeiterinnen noch überne Frauenstimmen mehr; nur ein paar um Kopf arbeitende Damen sind in dem aristokratischen Vorort geblieben, die nur wenig lachen: Mich Clara Huelo und andere Lehrzerinnen der Art, die jetzt zugleich regierende Herrinnen, Haushälterinnen und Köchinnen geworden sind. (Fortsetzung folgt.)